

Das Kiewer Regime und der Nazismus

Die Frage, warum ich die Ukraine in ihrem gegenwärtigen Zustand seit 2014 als nazistisch bezeichne, wird mir sowohl von Gleichgesinnten als auch von denjenigen Gegnern gestellt, die noch nicht restlos hirngewaschen sind, mit denen noch ein Gespräch möglich ist (ja, auch solche gibt es in der Ukraine). Die Gegner führen verschiedene Argumente gegen mein Urteil an. Am beliebtesten ist dabei der Einwand: „Der Präsident der Ukraine ist doch ein Jude, wie kannst Du die Ukraine da als faschistisch oder nazistisch bezeichnen?“ Dabei ist dies der primitivste aller Einwände und leicht zu widerlegen. Kann ein Jude etwa kein Nazi sein? Ein Jude kann Totschläger sein, er kann Gangster sein. Daß ein Mensch Jude ist, ist weder ein Minus- noch ein Pluspunkt. Nazismus ist eine Ideologie und der Antisemitismus ist nicht sein Wesenskern. Kann ein Jude Kommunist sein? Na klar. Kann er ein Liberaler sein? Ja! Warum kann er dann kein Nazi sein? In Mussolinis Großem Faschistischen Rat war anfangs ein Viertel der Mitglieder jüdischer Abstammung, erst ab 1941 gab es in Italien diskriminierende Gesetze. Ist Mussolini dadurch weniger Faschist? Juden werden in der Ukraine derzeit nicht verfolgt. Ja, und? Beim Genozid in Ruanda ist auch kein Jude aus den 500 dort lebenden jüdischen Familien zu Schaden gekommen. Auf wen der Haß geleitet wird, wird von Fall zu Fall und von Land zu Land festgesetzt. Im Fall der Ukraine hat man die Russen zu Juden ernannt. In Ruanda waren Tutsi die Juden. In der Türkei vor 100 Jahren hat man die Armenier dazu bestimmt. Der Sündenbock ist austauschbar. Die Menschen, die von mir eine Erklärung fordern, wieso ich es mir erlaube, das aktuelle Kiewer Regime nazistisch zu nennen, führen ein weiteres Argument an, das in ihren Augen unwiderlegbar ist: „Und was ist mit Rußland? Gibt es da etwa keine Faschisten und keine Nazis?“ Meine Antwort darauf: Klar gibt es die dort. Es gibt auch in Rußland Faschisten und Nazis, es gibt sie überall, auch in Deutschland und in den USA. Doch sind sie dort anders als in der Ukraine nicht Teil staatlicher Strukturen und bestimmen nicht die Ideologie des Staates. Darauf meine Gesprächspartner: „Und gibt es in Rußland nicht dies, das und jenes?“ Sie wollen damit auf sogenannte „Merkmale des Faschismus“ hinaus. Ja, auch die gibt es aktuell überall, mal das eine Merkmal, mal das andere, mal eine Kombination. Aber diese Merkmale, die den Faschismus auf eine autoritäre Herrschaft einer Einzelperson, einer Gruppe oder einer Klasse reduzieren wollen, sind zu beliebig und helfen nicht weiter. Will man konkret werden und den Nazismus als die extremste und konsequenteste Form des Faschismus auf den Punkt bringen, so läßt er sich – wenn auch nicht streng wissenschaftlich – an drei Kriterien festmachen. Das erste Merkmal eines nazistischen Staates ist gegeben, wenn sich der Staat auf offizieller

Ebene auf Ideen nazistischer Theoretiker beruft. In der Ukraine findet genau das statt. Die Ideologie, die durch ukrainisch-nazistische Vordenker wie Donzow und Michnowski ausgearbeitet wurde, stellt das Fundament des aktuellen ukrainischen Staates dar. Das erste Kriterium ist somit erfüllt: Die Staatsideologie der Ukraine be-



„Entrussifizierung“ in Saporoshe: Hier wurde eine Puschkin-Büste entfernt

ruht auf dem Fundament nazistischer Theorien. Dmitro Donzow (1883–1973) griff Ideen von Friedrich Nietzsche, Georges Sorel und Charles Maurras auf. Er wurde zum wichtigsten Ideengeber der 1929 gegründeten Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Er sympathisierte offen mit den Achsenmächten, übersetzte Werke von Mussolini und Hitler ins Ukrainische und stellte den deutschen NS-Staat als Vorbild für eine unabhängige Ukraine dar. Mikola Michnowski (1873–1924) gilt als Chefideologe der ukrainischen Staatlichkeit und ist Urheber der Parole „Die Ukraine den Ukrainern“. Er forderte, daß „Flüsse von Blut“ strömen müssen und alle „Fremdstämmigen“ aus der Ukraine zu vertreiben sind. Alle Menschen wären Brüder, schrieb er, aber Russen, Polen, Ungarn, Rumänen und Juden wären Feinde, die vernichtet werden müssen. Seine „Zehn Gebote der Ukrainischen Nationalpartei“ verboten es einem Ukrainer, einen Ehepartner aus einem anderen Volk zu wählen.

Das zweite Merkmal eines nazistischen Staates: Wenn ein Staat in sein offizielles Heldenpantheon Figuren aufgenommen hat, die den Nazismus praktiziert haben, wenn dieser Staat stolz auf diese Figuren und ihre Handlungen ist, sie glorifiziert, sie der jungen Generation als Vorbild andient, Straßen nach ihnen benennt und Denkmäler für sie aufstellt (während Denkmäler, die an

den Sieg über den Faschismus erinnern, abgerissen werden), ist dies ein nazistischer Staat. Auch dieses Kriterium ist in der Ukraine erfüllt. Eigenhändig am Holocaust Beteiligte sind offiziell ins Heldenpantheon der Ukraine aufgenommen worden: die Täter von Babi Jar, die Mörder von Lwow und Wolyn. „Das sind unsere Helden, und das ist gut so“, sagte Selenskiw wörtlich.

Schließlich das dritte Merkmal: Nazistisch ist jeder Staat, der – egal, mit welchen Mitteln – die Auslöschung einer, gleich welcher ethnischen Gruppe betreibt. Ich habe nicht ohne Grund betont, daß die Mittel hierbei nachrangig sind. Es muß sich nicht zwingend um die physische Vernichtung mittels Erschießungen oder Gaskammern handeln, es reicht völlig, wenn die Politik des Ethnozids, also der Auslöschung der Identität dieser Gruppe, vorangetrieben wird. Ethnozid geschieht insbesondere durch die zielgerichtete Unterdrückung und Verbannung der Sprache und Kultur der zum Sündenbock für alle Probleme und Haßobjekt für das gemeine Volk bestimmten Ethnie. Auch das dritte Merkmal ist in der Ukraine mit der Diskriminierung der russischen Sprache, der Abschaffung russischer Schulen, dem Canceln der russischen Kultur und den allgegenwärtigen Haßpredigten gegen Russen und deren Geschichte erfüllt. Wenden wir umgekehrt diese drei Kriterien auf die Russische Föderation an und fragen: Sind sie dort ebenso erfüllt? Die Antwort liegt auf der Hand: Nein. Weder hat Rußland eine staatliche Ideologie, die auf den Werken nazistischer Vordenker beruht, noch hat es Nazi-Kollaborateure wie Wlassow in das nationale Heldenpantheon aufgenommen. Das russische Heldenpantheon wird weiterhin von Antifaschisten, Soldaten und Offizieren, die im Zweiten Weltkrieg gegen Hitler kämpften, und historischen Figuren aus weiter zurückliegenden Zeiten bestimmt. Der russische Staat verfolgt die kommunistische Ideologie nicht mit repressiven Mitteln, wie es in der Ukraine der Fall ist. Rußland schränkt in keiner Weise die bestehenden Rechte seiner zahlreichen ethnischen Minderheiten ein: Nationale Autonomien haben nach wie vor Bestand und die Verwendung der zahlreichen Sprachen der Minderheiten ist geschützt und uneingeschränkt praktikierbar. Was zeigt sich nun im Ergebnis? Auf der einen Seite der Frontlinie steht ein klar nazistischer Staat: die Maidan-Ukraine. Er mag keine Souveränität mehr haben, er mag ein Instrument des Westens sein, das ist in diesem Kontext nachrangig. Die Ukraine ist ohne Abstriche ein nazistischer Staat.

Lew Werschinin

Redaktionell gekürzt

Der Autor ist ein ukrainischer politischer Analytiker, der zu den schärfsten Kritikern des Kiewer Regimes gehört.

Quelle: Telegram, 21. Januar 2023

»Selenskij's schwarzer Haufen«

Die Ukraine wird zu einem profaschistischen NATO-Satellitenstaat umgebaut – hinter dem schönen Schein eines »jüdischen Präsidenten« und einer »Volkspartei«

Von Susann Witt-Stahl



Verbirgt sich unter der Sturmhaube ein Faschist? Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij (r.) pflegt jedenfalls regen Umgang mit Leuten solcher Gesinnung (Besuch in Lugansk, Juni 2022)

Wolodimir Selenskij wird in der westlichen Welt als Garant für Demokratie gehandelt. »Es gibt keine Nazis in der Ukraine«, versicherte Wladimir Klitschko gegenüber *Bild Live* kurz nach Beginn der russischen Invasion. »Wir haben einen jüdischen Präsidenten.« Klitschkos zum moralischen »Argument« für Kriegsunterstützung erhobene Lüge, die Selenskij's Herkunft instrumentalisiert, könnte allein durch die zahlreichen Nazikontakte seines Bruders Witali, der seit dem Maidan-Putsch Bürgermeister von Kiew ist, mühelos entlarvt werden. Sie wird aber von deutschen Medien und Politik bis hinein in die Linke seit mehr als einem Jahr beharrlich verbreitet. Selenskij's bizarrer Auftritt mit einem Kämpfer des Naziregiments »Asow« vor dem griechischen Parlament im April 2022 irritierte nur kurzzeitig, die jüngst mit großem Pathos von ihm vorgenommene Ehrung eines gefallenen »Rechter-Sektor«-Kommandeurs schon nicht mehr. Womit der jüdische Präsident beschäftigt ist, wenn er gerade keine Videoappelle für Panzer- und Kampfjetlieferungen an die westliche Welt richtet, was seine Partei [»Sluga narodu«](#) ([»Diener des Volkes«](#)) in der Ukraine tut, mit wem sie kooperierten, wen sie protegieren – darüber erfährt die deutsche Öffentlichkeit so gut wie nichts.

»Das ist unser Staat!«

Sinnbild des Verhältnisses von Selenskij zu den Faschisten in der Ukraine vor der Eskalation des Krieges war ein Treffen am 9. Oktober 2019 mit Vertretern von »Asow«, dem Chef der Neonazischlägerbande »C14«, Jewgeni Karas, Veteranen der »Antiterroroperation« (ATO) gegen

die nicht anerkannten »Volksrepubliken« und nationalistischen Bloggern. Selenskij hatte die Rechten sowie einige seiner Minister, den Chef des Generalstabs und hohe Beamte zu einer informellen Unterredung über das 2015 abgeschlossene »Minsk-II«-Friedensabkommen in sein Präsidialamt geladen. Dabei warb er bei den Rechten um die Anerkennung der Notwendigkeit, die durch die »Steinmeier-Formel« definierten ersten Schritte zur Umsetzung des Abkommens einzuleiten, um die Reintegration der von »prorussischen Rebellen« kontrollierten Gebiete erreichen zu können. Vor allem durch die permanente Verletzung der Waffenstillstandsvereinbarungen durch faschistische Milizen war »Minsk II« jahrelang blockiert worden (mittlerweile ist es endgültig gescheitert und seit dem russischen Einmarsch obsolet). Wie Teilnehmer des Treffens später berichteten, sei es Selenskij nicht zuletzt darum gegangen, der »Asow«-Abordnung und den anderen Gästen, die bisher nicht durch Kompromissbereitschaft aufgefallen waren, zu versichern, dass es von seiner Regierung keinen »Verrat« durch Konzessionen an Russland geben werde.

Dass Selenskij sich nicht mit den militanten Rechten anlegen will, signalisierte er auch mit einem Besuch an der Kontaktlinie zur »Volksrepublik« Lugansk rund zwei Wochen später. In der Stadt Solote versuchte er, Kämpfern von »Asow« und anderen Faschisten in Ruhe zu erklären, warum sie abziehen müssten. Vergeblich. Andrij Bilezkij, Gründer der »Asow«-Bewegung und Chef ihrer Partei »Nationales Korps«, verlautbarte drei Tage später in einer Videoansprache, dass Selenskij's Anordnung ihn nicht interessiere und sich wenn nötig Zehntausende seiner Leute widersetzen würden: »Dieses Recht haben sie sich mit ihrem Blut verdient«, fand Bilezkij, obwohl sich seine Truppen illegal im Donbass aufhielten.

Bereits im Mai 2019 hatte der Mitgründer des »Rechten Sektors« und Exkommandeur des Freiwilligenkorps der Organisation, Dmitro Jarosch, in einem Interview mit dem ukrainischen Medienportal *Obozrevatel* eindeutige Warnungen an den frisch gewählten Präsidenten ausgesprochen: »Das ist unser Staat! Und wir werden ihn nicht jedem überlassen, der ihn haben will.« »Minsk II« habe nur die Funktion, Zeit zu gewinnen, um die ukrainischen Streitkräfte aufzurüsten und auf NATO-Standard zu bringen. »Es ist eine Gelegenheit zum Manövrieren. Aber nicht mehr als das«, deklarierte Jarosch das Abkommen als rein taktische Maßnahme – eine Vorstellung, die ganz und gar den Absichten der damaligen westlichen Verhandlungsführer entsprach, wie Aussagen von Exbundeskanzlerin Merkel und des ehemaligen französischen Präsidenten François Hollande erst im Dezember 2022 offenbarten. »Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen wäre der Tod unseres Staates«, so Jarosch weiter. Selenskij »wird an einem Baum auf dem Chreschtschatik (Hauptstraße in Kiew, die am Maidan entlangführt, S. W.-S.) hängen, wenn er die Ukraine und die Menschen, die in der Revolution und im Krieg gestorben sind, verrät«, drohte der Naziführer, der inzwischen zum Berater des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte aufgestiegen ist. Ein Teil seiner mindestens 5.000 Kämpfer starken Miliz wurde im März 2022 in die Spezialkräfte integriert und vergrößert, ein anderer bildet jetzt den Kern der 67. Separaten Mechanisierten Brigade »DUK« des Heeres – Maßnahmen, mit denen den »Rechten-Sektor«-Kriegern Zugang zu hochmodernen westlichen Waffensystemen verschafft wurde. Sie haben bereits angekündigt, weiterzukämpfen, bis sie den »Sieg über den Ruinen des brennenden Kremls feiern« können.

Der Präsident und das Parlament fungieren als Megaphone und mehr oder weniger willige Helfer der Kommandeure der mächtigsten Nazistrukturen wie der »Asow«-Bewegung, die neben einem Militärapparat auch einen eigenen Geheimdienst unterhält. Seit dem Maidan gilt: Keine ukrainische

Regierung kann sich ohne Duldung durch die Faschisten halten. Die militanten Rechten waren die Triebkräfte der ATO, ebenso des Terrors gegen linke und andere Oppositionelle durch das Innenministerium und den Sicherheitsdienst SBU – und sie spielen zumindest objektiv eine Schlüsselrolle bei der Unterdrückung des Widerstands aus der Bevölkerung gegen die faktische Eingliederung der Ukraine in die NATO-Zone. Heute sind sie als Elitekämpfer, gnadenlose Einpeitscher und Antreiber der zwangsrekrutierten Ukrainer, die in Bachmut und anderen Blutmühlen im Donbass zermahlen werden, absolut unverzichtbar – ohne sie und ihre Mordlust würde die Stellvertreterkriegsmaschine gegen Russland innerhalb kurzer Zeit zusammenbrechen.

40 Millionen UPA-Kämpfer

Neben dem Aufstieg der Faschisten war die damit verbundene Wiederbelebung des Banderismus als ukrainische Version des Nazismus von Anfang an ein zentraler Strategiebaustein aller prowestlicher Politik gewesen, mit der das Land aus dem Einflussbereich der Russischen Föderation herausgebrochen werden soll, meint der in Kiew lebende Journalist Dmitri Kowalewitsch*. Das erkläre auch, warum seit den 1990er Jahren die Rehabilitierung ukrainischer Kollaborateure des Hitlerfaschismus vorangetrieben wird, obwohl sie am Holocaust beteiligt waren.

Dabei spielen Präsident Selenskij und seine Partei keine unwesentliche Rolle. 2021 unterstützten Spitzenpolitiker der »Diener des Volkes« eine Initiative der nazistischen »Swoboda«-Partei, die derzeit einen Sitz in der Werchowna Rada hat: Gemeinsam mit Abgeordneten der anderen prowestlichen Parteien – insgesamt waren es mehr als 70 – sorgten sie dafür, dass Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch den Titel »Held der Ukraine« zurückbekamen. Der »prorussische« Präsident Wiktor Janukowitsch hatte dem ehemaligen Führer des radikalen Flügels der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN-B) und dem Kommandeur der »Ukrainischen Aufständischen Armee« (UPA), des bewaffneten Arms der OUN-B, diese von seinem Vorgänger Wiktor Juschtschenko vorgenommene Ehrung vor seinem Sturz wieder aberkannt. Schon 2020 hatten Abgeordnete von »Diener des Volkes«, darunter Kulturminister Olexander Tkatschenko, ein Vertrauter Selenskij, im ukrainischen Nationalparlament und im Stadtrat von Kiew eine mehr als schrille Resolution »Zur Feier von denkwürdigen Daten und Jahrestagen« mit verabschiedet: Offizielles Gedenken wurde nicht nur für den 75. Jahrestag der »Befreiung der Häftlinge des Nazikonzentrationslagers Auschwitz« angeordnet, sondern auch für die runden Geburtstage von Iwan Poltawez-Ostrjanizja, dem einstigen Assistenten von Alfred Rosenberg, von Wladimir Kubijowitsch, dem Organisator der SS-Division »Galizien«, sowie von weiteren NS-Verbrechern.

Die Ukrainer, die damals in der Waffen-SS gekämpft haben, seien keine Nazis gewesen, erst recht nicht die UPA-Milizen. Beide hätten lediglich ihre Heimat verteidigen wollen, wie auch die Soldaten der Roten Armee, präsentierte der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur- und Informationspolitik der Werchowna Rada und einer der engsten Berater Selenskij, Nikita Poturajew, 2021 die eigenwillige Geschichtsschreibung seiner Partei »Diener des Volkes«. »Die UPA ist ein sehr wichtiges Kapitel in unserer Geschichte, insbesondere für den Prozess des Aufbaus unseres Staates.«

Klartext über die Bedeutung der UPA für die USA und Großbritannien – mit deren Unterstützung die Faschisten nach dem Rückzug der Hitlertruppen 1944 weitermorden konnten – und auch für alle Pro-NATO-Regierungen der Ukraine spricht sein Parteikollege Jehor Tschernew: Immerhin konnten bis zum Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg noch »etwa 30.000 russische Besatzer und Kollaborateure vernichtet« werden, lobpreiste er den UPA-Terror gegen die Sowjetunion (fast 80

Prozent der Opfer waren Zivilisten, wie Zahlen des Instituts für Geschichte der Ukraine für den Zeitraum 1944 bis 1953 belegen). Heute habe die Ukraine eine »40 Millionen Mann starke UPA«, protzte Tschernew. Am 1. Januar 2023 veröffentlichte die Werchowna Rada anlässlich des 114. Geburtstags von Bandera ein Foto des Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnij, vor einem Porträt und mit Zitaten des Faschistenführers – dessen Mordaufruf »Tod der moskowitzisch-jüdischen Kommune!« von 1941 war allerdings nicht dabei. Die Bandera-Würdigung wurde nach dem Protest des polnischen Ministerpräsidenten gelöscht.

Hinter der von der Selenskij-Partei beschleunigten Persilscheinproduktion für die Banderisten und der systematischen Besudelung der sowjetischen Vergangenheit stecken auch handfeste ökonomische Interessen: 2019 empfahl Nikita Poturajew seine Partei in einer Sitzung der Werchowna Rada als Diener des westlichen Kapitals mit einem geschichtspolitischen Argument: Er ideologisierte seine Forderung nach Deregulierung des Bodenmarktes als Befreiung von den russischen »Henkern des ukrainischen Volkes«, die angeblich den »Holodomor« (so nennen die ukrainischen Nationalisten und ihre westlichen Verbündeten die Hungerkatastrophe von 1932/33 in der Sowjetunion, um sie mit dem Holocaust gleichzusetzen) organisiert haben. Bevor wieder »ein Moskauer Stiefel hierherkommt und alle verhungern lässt«, möchte Nikita Poturajew »den Kommunismus endgültig begraben« und kündigte an: »Wir werden endlich mit diesem verrückten Lenin und dem Kannibalen Stalin abrechnen, die alles getan haben, um das ukrainische Volk seines größten Reichtums zu berauben – des Landes.« Die damals noch in der Werchowna Rada vertretene »Oppositionsplattform – Für das Leben«, eine Sammelbewegung für sozialistische und »prorussische« Parteien, protestierte gegen diese Geschichtsklitterung zugunsten von US-Agrarkonzernen wie Cargill, ebenso Blackrock und anderen großen Investmentgesellschaften, die die Ukraine sukzessive in eine Kolonie des NATO-Imperiums verwandeln. Daraufhin drückte Poturajew sein Bedauern darüber aus, dass solche »kremelfreundlichen« Abgeordneten nicht erschossen werden können, und verlangte wenigstens die »politische Zerstörung« ihrer Partei. Präsident Selenskij kam dieser Aufforderung im März 2022 nach und hat sie – wie jegliche Opposition, die mittlerweile pauschal als »Einflussagenten Putins« gehandelt wird – verbieten lassen.

»Ruhm den ukrainischen Titanen!«

Dagegen erfährt das in der Tradition der ukrainischen Verbündeten der Wehrmacht und SS stehende »Asow«-Regiment eine fast schon religiöse Verherrlichung. Nicht nur wegen sentimentaler Erinnerungen an die gute Kameradschaft mit dem deutschen Imperialismus unter Hitler damals, sondern auch wegen hervorragender Verdienste bei der brutalen Kriegsführung unter dem Kommando der NATO heute: »Ruhm den ukrainischen Titanen, die Mariupol verteidigen – die offene Wunde der Ukraine. Sie sind unser Schild, unser Stolz und unsere Verteidigung!«, gratulierte Ruslan Stefantschuk, Parlamentspräsident und Chefideologe der »Diener des Volkes«, »Asow« am 5. Mai 2022 zum achten Geburtstag.

Selenskij's Gefolgschaft steht auch an der Spitze der Bewegung zur Verteidigung der Ehre der Nazitruppe gegen selten kritische Berichterstattung in internationalen Medien: Als CNN es vergangenes Jahr gewagt hatte, den rechten Oligarchen Igor Kolomoiskij als Mitfinanzier der Einheit zu nennen, fand sie sich unter den 200 Werchowna-Rada-Abgeordneten und reichen Geschäftsleuten, die die »Asow«-Krieger in einem gemeinsamen Protestbrief an den US-Sender als »Supercyborgs«, also Übermenschen, im Abwehrkampf bis zur letzten Patrone »gegen die russische

Bestie« fetischisierten. Elfenhafte Lichtgestalten strahlen um so heller, je dämonischer ihre Todfeinde aus der barbarischen Finsternis Mordors erscheinen: »Wir öffnen die Büchse der Pandora«, wenn die »Orks« in die »zivilisierte Welt« gelassen würden, untermauerte die »Dienerin des Volkes« Olga Saladucha kürzlich ihre Forderung nach konsequentem Ausschluss russischer Sportler von internationalen Wettbewerben.

Publikumswirksame Inszenierungen beherrschen die »Diener des Volkes« hervorragend. Als die neoliberale Partei 2018 aus der Retorte gehoben wurde und im Juli 2019 mit 43,2 Prozent der Wählerstimmen ins Parlament einzog, bestand ein signifikanter Teil ihrer Fraktion aus politischen Debütanten, die aus dem Showgeschäft, PR-Agenturen und Medien kamen. Einige Abgeordnete waren für den Fernsehsender *1+1* von Igor Kolomoiskij tätig, beispielsweise Olexander Dubinskij, der die Sendung »Money« moderierte. Laut seiner Kritiker soll Kolomoiskij, der in unzählige Korruptionsskandale verwickelt ist, zwischen 2012 und 2016 41 Millionen US-Dollar in Offshorefirmen wie Film Heritage in Belize gesteckt haben, die Selenskij gehören – Vorwürfe, die zumindest teilweise durch die »Pandora Papers« belegt wurden. Nicht wenige Abgeordnete waren auch in Selenskij's Rundfunkproduktionsfirma Studio Kwartal 95 beschäftigt, die eng mit *1+1* kooperiert, etwa der Schauspieler Jurij Korjawschenkow. Rund 30 Mitarbeiter von Studio Kwartal 95 soll Selenskij mit Regierungsaufgaben betraut und in hohe Positionen gehievt haben. So nahm er Andrij Jakowlew, Filmregisseur, Produzent und Koautor der Fernsehserie »Diener des Volkes«, nach der seine Partei benannt wurde, in seinen Beraterstab auf. Den Leiter von Studio Kwartal 95, Iwan Bakanow, beförderte er sogar zum Chef des SBU (im Juli 2022 hat er ihn wieder abgesetzt).

Neben der Showbiztruppe finden sich unter Selenskij's »Volksdienern« auch viele ehemalige Politiker der rechtsliberalen Partei »Ukrainische Union der Patrioten« (Ukrop), die 2015 von Kolomoiskij gegründet worden war. Ukrop galt als Sammelbecken von ATO-Veteranen und Militaristen und ging aus einer gleichnamigen interfraktionellen Vereinigung hervor, der Faschisten wie Dmitro Jarosch und Borislav Bereza, ehemaliger Sprecher des »Rechten Sektors«, angehörten.

Catch-all-Nazis-Politik

Es gibt nicht nur indirekte Verbindungen zwischen Selenskij's Partei über einen der wichtigsten Geldgeber für den Aufbau der paramilitärischen Nazitruppen – Kolomoskij hat unter anderem auch das Bataillon »Ajdar« finanziert – ins Milieu der militanten Rechten. Die »Diener des Volkes« haben auch dafür gesorgt, dass Faschisten an der Gesetzgebung beteiligt werden: Im Dezember 2020 brachten sie gemeinsam mit der »Asow«-Partei »Nationales Korps« den Entwurf für ein »Antikollaborationsgesetz« auf den Weg. »Es soll dazu dienen, dass die fünfte Kolonne keine Möglichkeiten und Instrumente mehr hat, die Ukraine zu beeinflussen«, erklärte »Asow«-Führer Bilezkij. Die Werchowna Rada hat das Gesetz, mit dem praktisch alle Beziehungen zu Russland kriminalisiert werden können, im März 2022 verabschiedet. Bei Verstößen drohen Freiheitsstrafen von bis zu 15 Jahren, der Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst, Verbote von Parteien und die Auflösung von Unternehmen. Ende 2020 hat mit Swjatoslaw Jurasch auch ein Abgeordneter der »Diener des Volkes« an einer internationalen »Intermariums«-Konferenz teilgenommen, die von Bilezkij und anderen Rechten initiiert wurde. Die »Intermariums«-Strategie, die von polnischen Nationalisten stammt, von ukrainischen und anderen osteuropäischen Faschisten vorangetrieben und seit dem Kalten Krieg von den USA gestützt wird, erstrebte einst ein antisowjetisches Bündnis, heute hat sie den Aufbau einer antirussischen Allianz der Staaten zwischen der Ostsee, dem

Schwarzen Meer und der Adria zum Ziel. Laut Jurasch unterstützt die Mehrheit der Werchowna Rada dieses Projekt.

Unter den »Dienern des Volkes« und Vertrauten des Präsidenten finden sich auch Politiker, die keinen Hehl daraus machen, dass sie die Vorstellungen der Nazis von Rechts- und Sozialstaat teilen. Im vergangenen Jahr prahlte Selenskijns innenpolitischer Berater Anton Geraschtschenko damit, dass ein »ukrainischer Mossad« geschaffen wurde, der im Osten des Landes »Verräter« eliminiert:

»Jeder von ihnen, der in den besetzten Gebieten gestorben ist, geht auf das Konto unserer Sonderdienste.« Tatsächlich gab es diverse Anschläge auf von Kiew als »prorussisch« stigmatisierte Bürgermeister und Beamte, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden. Galina Tretjakowa, Abgeordnete aus Charkiw und Vorsitzende des Sozialausschusses der Werchowna Rada, vertritt sogar eugenische Positionen und meint, dass Arbeitslose nur Kinder von »sehr geringer Qualität« produzierten – und schlug »Sterilisation« zur Entlastung des Sozialsystems vor.

Zu Selenskijns Verständnis einer »Catch-all-Partei«, als die seine »Diener des Volkes« angetreten sind, gehört offenbar auch, Faschisten in den Sicherheitsdienst einzubinden: Laut Sergij Sternenکو, einem ehemaligen Führer des »Rechten Sektors«, hatte Selenskij ihm vor seiner Wahl die Leitung der SBU-Direktion in der Region Odessa angeboten – obwohl gegen Sternenکو wegen Entführung, Raub und Mord ermittelt wurde (nach einer Verurteilung und kurzem Gefängnisaufenthalt ist er wie die meisten Nazistraftäter wieder auf freiem Fuß). Mitarbeiter von Selenskij, darunter der Exchef des Präsidialamtes, haben Sternenkos Angaben bestätigt und »Personalmangel« als Grund für die Anwerbung angegeben.

Immer wieder treten Faschisten als Zwangsvollstrecker des Präsidenten und seiner westlichen Verbündeten auf. »Wir sind Selenskijns schwarzer Haufen« – in Anlehnung an das Fahrtenlied »Wir sind des Geyers schwarzer Haufen«, das später von der SS vereinnahmt wurde –, prahlte Andrij Medwedko, »C14«-Führer und mutmaßlicher Mörder des Journalisten Oles Busina, als der Präsident am 3. Februar 2021 die oppositionellen Fernsehsender *News One*, *Zik* und *112* schließen ließ. Diese Medien waren Naziorganisationen wie »C14«, die seit 2018 offiziell für die Stadt Kiew als Security tätig ist, schon lange ein Dorn im Auge. Nachdem die Botschaften der USA, Großbritanniens und Kanadas die Verbote öffentlich begrüßt hatten, zog »C14«-Chef Jewgeni Karas noch am selben Tag mit seinen Schlägern vor das Gebäude von *Nash TV*. Er wollte »darauf aufmerksam machen, dass Selenskij vergessen hat«, auch diesen Kanal abschalten zu lassen. Als die Faschisten auf Journalisten losgingen und versuchten, den Sender zu stürmen, griffen Polizisten ein und nahmen einige der Randalierer fest. Diese wurden kurz darauf freigelassen und die verantwortlichen Beamten vom Dienst suspendiert. *Nash TV* wurde am 11. Februar 2022 die Sendelizenz entzogen.

Die Ukraine ist längst zum Menschenjagdrevier der militanten Rechten und Eldorado für ihre kriminellen Machenschaften verkommen. Im Juni 2021 scheiterte in der Werchowna Rada der letzte nennenswerte Versuch, wenigstens die Verbreitung ihrer Hassideologie und Geschichtslügen einzudämmen: Der Antrag von Maxim Buschanskij – ein parteiloser Außenseiter in der »Diener des Volkes«-Fraktion – für eine Gesetzesreform zum Zweck effektiverer »Verhinderung der Verherrlichung von Kriegsverbrechern und der Legalisierung des Nazismus« wurde abgeschmettert. Nur rund ein Drittel der Abgeordneten hatte dafür gestimmt – darunter die komplette Oppositionsplattform –, von Buzhanskijns »Volksdienern« gerade einmal etwas mehr als die Hälfte.

Seit dem Verbot der Oppositionsplattform muss Selenskij im Parlament nur noch Gegenwind von ganz rechts fürchten. Beispielsweise von Faschisten wie Andrij Parubij, einst ein Führer der »Asow«-Keimzelle »Patriot der Ukraine«, der derzeit Abgeordneter der Poroschenko-Partei »Europäische Solidarität« ist. »Ich selbst bin ein großer Befürworter der direkten Demokratie«, verkündete Parubij 2018. »Übrigens, der größte Mann, der direkte Demokratie praktiziert hat, war Adolf Aloisowitsch (Hitler, S. W.-S.) in den 1930er Jahren.«

»Besser ein Jude ...«

Präsident Selenskij hat die Faschisten, die nach dem Maidan eine schlagkräftige paramilitärische, politische und kulturelle Massenbewegung aufbauen konnten, bereits vor dem russischen Einmarsch verstärkt in den ukrainischen Staat inkorporiert. Seit 2022 jedoch seien rechte Organisationen auf Betreiben der »Sponsoren«, NATO und EU, vor allem durch die Eingliederung in die Strukturen der Armee, der Nationalgarde, des SBU und anderer Geheimdienste legalisiert und von einem einflussreichen, aber nicht autarken Durchsetzungsinstrument in eine politische Kraft mit großer Macht verwandelt worden, sagt der Soziologe und Rechtsextremismusforscher Iwan Michailenko* von der Universität Charkiw im Gespräch mit jW. Durch ihre Integration in den Sicherheitsapparat habe Selenskij den Faschisten, die er nur nominell unter Kontrolle hat, neue Möglichkeiten zur »viralen ideologischen und politischen Infektion« der Armeesoldaten und Nationalgardisten eröffnet. »Selenskij hat allen Grund, sich Sorgen zu machen«, meint Michailenko. Falls der Westen eines Tages ein Staatsoberhaupt fürs richtig Grobe brauchen sollte, könnten die militanten Rechten für einen Militärputsch eingesetzt werden.

Solange NATO und EU noch ihr Narrativ über die Ukraine als Frontstaat zur »wertegeleiteten« Verteidigung des »zivilisierten Europas« aufrechterhalten können, braucht ihre Propagandamaschine aber »Freedom and Democracy«-Ikonen. Niemand könnte – vor allem gegenüber der deutschen Bevölkerung – moralisch überzeugender immer mehr Waffenlieferungen für den »heldenhaften Abwehrkampf« der Ukraine gegen den »Vernichtungskrieg« des »blutrünstigen Putler« im Kreml einklagen als ein telegener jüdischer Präsident. Das haben mittlerweile sogar eingefleischte Antisemiten verstanden. »Ich war wütend auf das ukrainische Volk – wie konnten sie einen Juden als eines der nationalen Symbole wählen!? Der Präsident ist ein nationales Symbol wie die Flagge, die Hymne und so weiter. Er muss ein Ukrainer sein«, erklärte Dmitro Kortschinskij, Exchef der faschistischen »Ukrainischen Nationalversammlung – Ukrainische Nationale Selbstverteidigung« (UNA-UNSO) und einer der prominentesten Nazis der Ukraine, im März 2022 in einem Interview. »Aber es hat sich herausgestellt, dass es sogar besser ist, wenn er ein Jude ist. Versuchen Sie doch nur einmal zu behaupten, wir würden den Nazismus unterstützen.«

* Der Name musste aus Sicherheitsgründen geändert werden.

»Wir erinnern! Wir sind stolz!«

80. Jahrestag des Massakers von Chatyn: Nazibanden in ukrainischen Streitkräften feiern Oskar Dirlewanger als historisches Idol

Von Susann Witt-Stahl



Vom Faschistennetzwerk »Misanthropic Division« wird Dirlewanger gefeiert (Asow-Mitglied in der Ukraine, August 2015)

Hintergrund: Massaker von Chatyn

Am Nachmittag des 22. März 1943 fiel die 1. Kompanie der SS-Sondereinheit Dirlewanger zusammen mit Kräften des Schutzmannschafts-Bataillons 118 in Chatyn ein. Die Nazis plünderten das belarussische Dorf, das rund 50 Kilometer nördlich von Minsk liegt, brutal aus. Einige Soldaten vergewaltigten eine junge Frau; schließlich wurden die mehr als 150 Bewohner in eine Scheune getrieben, die die Täter in Brand setzten. Menschen, die den Flammen zu entkommen versuchten, wurden niedergeschossen. Bei dem Massaker, das als Vergeltung für einen Partisanenangriff verübt wurde, gab es insgesamt 152 Tote, darunter 75 Kinder und Jugendliche; die anderen Opfer waren vorwiegend Alte und Greise. Nur zwei Jungen, zwei Mädchen und der Dorfschmied überlebten.

Den Kern der an dem Verbrechen beteiligten Schutzmannschaften bildeten Angehörige des Melnyk-Flügels der Organisation Ukrainischer Nationalisten. Kommandeur war Oberleutnant Grigori Wasjura, der bereits 1941 am Massenmord von Babi Jar beteiligt gewesen war. Er wurde 1986 in der UdSSR vor Gericht gestellt und zehn Monate später exekutiert. Die deutschen Täter wurden nie belangt.

1971 verarbeitete der belarussische Schriftsteller Ales Adamowitsch die Ereignisse in seiner »Erzählung von Chatyn«, die der sowjetische Regisseur Elem Klimow als Grundlage für das Drehbuch von »Komm und sieh« nahm. Der Kriegsfilm kam 1985 in die Kinos. Während des

Zweiten Weltkriegs haben Oskar Dirlewangers SS-Einheit und andere nazistische Mörderbanden 628 Dörfer in Belarus niedergebrannt und rund 30.000 Bauern getötet. Seit 1969 befindet sich in Chatyn eine Gedenkstätte. Repräsentanten der DDR, Fidel Castro, sogar Richard Nixon haben sie besucht – aber kein einziger prominenter Politiker der BRD. (sws)

Einer der blutrünstigsten Kampfverbände der Waffen-SS erfährt in der Ukraine Bewunderung und Verehrung – besonders wieder in diesen Tagen, in denen sich das Massaker von Chatyn (s. Spalte) zum 80. Mal jährt. Immer wieder findet sich auf Uniformen und Helmen von Nationalgardisten, aber auch regulären Soldaten das Emblem mit den gekreuzten Stielhandgranaten, das drei Monate vor Ende des Zweiten Weltkriegs offizielles Truppenkennzeichen der Sturmbrigade Dirlewanger wurde. Wie Videos dokumentieren, haben sich Kämpfer der Kiewer Truppen in der Schlacht um Cherson im Herbst 2022 damit dekoriert – so mancher trägt es sogar auf der Haut. Bereits vor dem Einmarsch der russischen Armee posierte ein belarussischer Freiwilliger des Neonaziregiments »Asow« in »sozialen Medien« mit der Tätowierung eines Dirlewanger-Porträts.

Vom Faschistennetzwerk »Misanthropic Division«, das vielfache Verbindungen zu »Asow« unterhält und Fotos von »Bolschewistensafaris« mit toten »Untermenschen« verbreitet, wird Oskar Dirlewangers SS-Brigade gefeiert. Viele militante ukrainische Rechte fühlen sich ihr historisch, weltanschaulich und kulturell verbunden. Die 1. Kompanie von Dirlewangers Verband rekrutierte sich vorwiegend aus Kämpfern der faschistischen Organisation Ukrainischer Nationalisten, die Vasallen Hitlerdeutschlands waren. Wie Dirlewangers Truppe kennzeichnet nicht wenige ukrainische Neonazis heute eine ausgeprägte Lust am Brandschatzen und ein Drang zur Vernichtung: So veröffentlichen »Misanthropic Division« und assoziierte Gruppen zu den Jahrestagen des Pogroms von Odessa am 2. Mai 2014 Propagandabanner mit Bildern von Molotowcocktails und Grills, auf denen »Kolorads« (Kartoffelkäfer), wie sie die russischsprachige Bevölkerung nennen, geröstet werden. Aufschrift: »Wir erinnern! Wir sind stolz!«

Eine weitere Parallele: Wie einst Dirlewangers Truppe bestehen heute diverse ukrainische Nazieinheiten aus rechten Schwerverbrechern und agieren weitgehend straflos. Das gilt beispielsweise für die Angehörigen des »Tornado«-Bataillons, das wegen der Folterorgien, die seine Kämpfer meist zum reinen Vergnügen veranstaltet haben, berüchtigt ist: Sie haben Gefangenen Genitalien und Gliedmaßen abgehackt, Zivilisten brutal vergewaltigt, darunter kleine Kinder; viele der Opfer wurden danach massakriert. Das Bataillon wurde zwar 2015 aufgelöst, und einige Mitglieder wurden zu – unangemessen niedrigen – Haftstrafen verurteilt, aber Präsident Wolodimir Selenskij hat die Täter 2022 freigelassen und wieder in die ukrainischen Streitkräfte aufgenommen.

Entsprechend aufgeschlossen zeigt man sich im liberalen Westen für Dirlewangers politische Enkel: Schon 2015 präsentierte das Glamourmagazin *Vanity Fair* eine bunte Heldengeschichte über Frauen im ukrainischen »Freiheitskampf«. In der begleitenden Fotostrecke findet sich ein Bild von einer Freiwilligen namens »Anaconda« vor einem Fahrzeug mit Dirlewanger-Truppenabzeichen und dem Zusatz »1488« (»14« für den Glaubensgrundsatz der »White Supremacy«-Bewegung; »88« für »Heil Hitler«) – ohne ein Wort über die Bedeutung der Symbole. Auch nicht darüber, dass die Frau einem Nazibataillon angehört, das laut einem polnischen Journalisten inoffiziell eine eigene Dirlewanger-Einheit unterhalten hat (ob diese noch existiert, ist unbekannt). 2020 hat Selenskij das Bataillon, das mittlerweile als Sturmtruppe »zur besonderen Verwendung« in die reguläre

ukrainische Armee eingegliedert wurde, durch »Verleihung des Ehrennamens« »Aidar«, wie es zunächst nach seiner Gründung 2014 genannt worden war, ausgezeichnet.

Die Inkorporation schwerstkrimineller Nazigangs in den ukrainischen Sicherheitsapparat und die Würdigung, die sie vom Staatsoberhaupt erfahren, verraten einiges über die Rackettnatur der postsowjetischen Gesellschaft. Bereits Ende der 1930er Jahre hatten marxistische Faschismusforscher die Tendenz zur Bandenherrschaft als Zerfallserscheinung bürgerlicher Gesellschaften nach Entfesselung der (selbst-)zerstörerischen Dynamik des Kapitals ausgemacht. Da die Ermächtigung der faschistischen Räuberhorden aber mit der Unterstützung der NATO geschieht, verrät sie auch viel über den Stand der Verrohung der »westlichen Zivilisation«. Aufschlussreich ist, dass die europäische und US-amerikanische Öffentlichkeit »Asow« und Co. als Terminatoren des alten Hassfeindes huldigen. Bisher werden die unliebsamen Vergangenheitsbezüge der neuen Heroen meist verdrängt: Deren Faible für Dirlewanger-Devotionalien habe nichts zu bedeuten, heißt es dann auch aus der wachsenden Internetfangemeinde der Nazikrieger. Am rechten Rand knüpfen aber schon einige ideologisch an, wo Hitlers Bestien dank der Roten Armee 1945 aufhören mussten, und sehnen sich nach Vergeltung: Dirlewanger diene der psychologischen Kriegführung gegen »die Russkis«, triumphierte unlängst ein User. »Die haben immer noch Alpträume.«

Schneise der Verwüstung

»Hitlers Lieblingsbarbar« und seine SS-Truppe im Vernichtungskrieg der deutschen Faschisten
Von *Susann Witt-Stahl*



Dirlewanger-Soldateska bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes (1944)

Selbst unter SS-Führern in den von Nazideutschland besetzten Gebieten Osteuropas galt sie als »Landplage«. Oskar Dirlewangers Truppe, – die 1940 als »Wilddiebkommando Oranienburg« gegründet, dann zum Bataillon, 1943 zum Regiment, 1944 zur Brigade und Anfang Februar 1945 zur 36. Waffengrenadierdivision der SS ausgebaut wurde –, hinterließ eine Schneise der Verwüstung. Auf Anweisung von Heinrich Himmler, der ihre Aufstellung veranlasste, wurden Wilderer als Kernmannschaft ausgesucht, um ihre »Jagdleidenschaft in den weiten Wäldern und Sümpfen des Ostens im Kampf gegen Partisanen ausnützen können«, wie später ein SS-Sturmführer erklärte.

Meisterlich beherrschte Mord und Totschlag der promovierte Staatswissenschaftler aus Würzburg, der auf Empfehlung des Chefs des SS-Hauptamts, Gottlob Berger – ein ehemaliger Kamerad aus dem Ersten Weltkrieg –, zu ihrem Kommandeur ernannt wurde: Oskar Dirlewanger, damals 45 Jahre alt, hatte vorher unter anderem im von Gustav Noske aufgestellten Freikorps »Epp« Kommunisten bekämpft, war bereits 1922 in die NSDAP eingetreten und wurde in den 1930er Jahren SA-Führer in Esslingen am Neckar. Haftstrafen wegen Vergewaltigung eines 13jährigen Mädchens und Unterschlagung unterbrachen seine Karriere nur kurzzeitig. Statt dessen ging er nach Spanien. Dort waren kriminelle Gewalttäter in der faschistischen Fremdenlegion willkommen. Drei Jahre lang kämpfte er im Spanischen Krieg für die Franco-Faschisten, zuletzt in der »Legion Condor«.

Als Befehlshaber seiner eigenen SS-Sturmtruppe, für die auch antisowjetische Ausländer angeworben, Insassen von SS-Strafvollzugslagern und KZ-Häftlinge zwangsrekrutiert wurden,

profilierte Dirlewanger sich im Zweiten Weltkrieg als »Hitlers Lieblingsbarbar«, wie Gerhard Zwerenz ihn nannte. Der Schriftsteller war Dirlewangers Einheit vor seiner Desertion zur Roten Armee bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands 1944 begegnet – bei dem »Schmutzigsten, was ich als Soldat erleben musste«. Was das gewesen sein könnte, schilderte viele Jahre später ein Kamerad: Als Dirlewangers Männer in ein Hospital eingedrungen seien, hätten sie sofort alle polnischen Verwundeten umgebracht, die Krankenschwestern entkleidet und vergewaltigt, so der Wehrmachtssoldat. Danach habe es »Tumult auf dem Exekutionsgelände« gegeben; »SS, Ukrainer, spielten Flöten und sangen.« Die SS habe die Krankenschwestern »nackt, die Hände auf dem Kopf« hinaus zur Hinrichtung geführt. »Dem Arzt hatten sie einen kurzen Kittel zurechtgeschnitten, ihm einen Strick um den Hals gelegt und ihn zu einem Galgen geschoben, an dem bereits etwa zehn Zivilisten hingen. Die Menge lachte und brüllte.«

Dirlewanger, ein glühender Sadist, mordete auch gern eigenhändig, häufig im Vollsuff, sogar einige seiner Leute. Nicht wenige eiferten ihm nach: Ein Sachse sei durch Genickschuss erledigt worden, nachdem er eine Frau in einem Hauseingang vergewaltigt und erdrosselt hatte, hieß es in einem Tatsachenbericht, den *Der Spiegel* 1951 veröffentlichte (sechs Jahre nachdem Dirlewanger bei einem Racheakt gerichtet worden war). »Hätte er zuvor die Leinenbinde mit dem blauen Davidstern von dem Arm seines Opfers gerissen, kein Mensch hätte ihm den Lustmord verübelt. Er war ja Dirlewanger-Mann. Aber dies da war Rassenschande.«

Ihren herausragendsten Beitrag zum Zivilisationsbruch Hitlerdeutschlands hatte Dirlewangers Einheit, die auf Wunsch Bergers wie ein »brutaler Landsknechtshaufen ältester Zeiten mit ältesten Söldnerfreiheiten« wütete, 1943 in Belarus geleistet. Dort verwandelte sie auf Befehl des SS-Führers Curt von Gottberg Kampfgebiete in »tote Zonen«. Dabei wurden die Bewohner in Minenfelder gehetzt oder lebendig verbrannt. Das Grauen, das sich in dem Dorf Chatyn abgespielt hat, ist zu einem russischen Kollektivtrauma geronnen.